

Um welche Probleme geht es dabei u. a., die von der Hauptabteilung VIII im Zusammenwirken mit den Bezirksverwaltungen weiter untersucht und wozu entsprechende Lösungsvorschläge unterbreitet werden müssen:

- Welche Ge- und Verbote einerseits für die Transitreisenden und andererseits für die DDR-Bürger bei der Benutzung der Transitstrecken eingeführt werden müssen, um die Kontaktmöglichkeiten wesentlich einzuschränken bzw. bei Verletzungen genügende Anhaltspunkte für den "hinreichenden Verdacht" zu erhalten.
- Welche Veränderungen in der Autobahnordnung, den verkehrspolizeilichen Regelungen usw. herbeigeführt werden müßten, um z. B. die Haltemöglichkeiten weiter einschränken zu können.
- Welche Regelungen herbeigeführt werden müßten, um den Transitreiseverkehr - im unbedingt notwendigen Umfange - an spezielle Parkplätze zu binden, die nur von Transitreisenden benutzt werden dürfen.
- Wie der Ausbau und die Sicherung dieser Transit-Parkplätze erfolgen müßte, um Kontaktaufnahmen, das Zusteigen von Personen, die Übernahme bzw. Übergabe von Sachen usw. auszuschließen.